

UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet



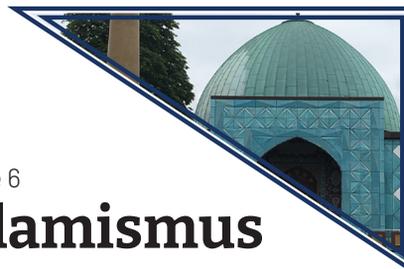
Seite 2

Bismarck



Seite 3

Schockanruf



Seite 6

Islamismus

Liebe Hamburger!



In diesen Zeiten ein Vorwort – mit einer gewissen Haltbarkeit – zu schreiben, ist sehr schwierig. Angesichts der sogenannten dynamischen Lage und der sich überschlagenden Ereignisse ist dies besonders schwierig. Ich will es trotzdem versuchen.

Die meisten der aktuellen Corona-Maßnahmen sind unverhältnismäßig und kaum noch mit der Verfassung in Einklang zu bringen. Das gilt auch für die geplante Impfpflicht. In der bundesrepublikanischen Geschichte ist ein derartiger Vorgang einmalig. Die Bürger sind aufgefordert, gegenüber den zunehmend übergriffig werdenden Politikern wachsam zu bleiben.

Wir befinden uns in der größten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Und damit bin ich nicht alleine. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier (CSU), sieht unsere „Freiheit in Gefahr“. Die Regierung reagiert hilf- und kopflos, unsere Demokratie nimmt immer mehr Schaden. Wir müssen unsere Risikogruppen schützen. Aber auch unsere Freiheit. Halten wir zusammen! Gegen die Spaltung. Bleiben wir gesund. Ohne Zwang.

Dirk Nockemann
(AfD-Fraktionschef)

Freiheit in Gefahr!



Seit über zwei Jahren herrscht Corona und der Staat raubt den Bürgern immer mehr Freiheiten. Anfangs unvorstellbar und eine Verschwörungstheorie, heute bereits gelebte Praxis. Die „dynamische Lage“ macht es möglich. Immer häufiger begründen die Regierenden ihr Handeln mit dem vermeintlichen Kampf gegen Corona.

Und die Altparteien finden Gefallen darin, Grundrechte einzuschränken – und das oftmals unverhältnismäßig. Mit drakonischen Maßnahmen wird das Leben der Bürger beeinträchtigt und Existenzen werden vernichtet. Von Ausgangssperren, Lockdowns, Quarantäne, angedrohter Impfpflicht, 3G am Arbeitsplatz, 2G oder nun sogar 2G-Plus. Bei der Eindämmung des Coronavirus gibt es kaum eine Freiheitseinschränkung, die die Regierenden auslassen.

Und es gibt einen neuen Sündenbock: Die Ungeimpften. Und das, obwohl bereits über 90 Prozent der Erwachsenen geimpft sind. Das Virus wird trotz aller Maßnahmen nicht verschwinden. Wir müssen lernen, mit dem Virus

zu leben. Corona ist eine ernste Erkrankung, allerdings kein tödliches Virus für die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Eine Impfpflicht ist völlig unverhältnismäßig. Die Konsequenz wäre ein lebenslanges Impf-Abonnement, sehr zur Freude der Pharmaindustrie.

Die Regierung lenkt von ihrem eigenen Versagen ab. Es ist doch vollkommen verrückt, dass während der Corona-Pandemie in Deutschland insgesamt 4.000 Intensivbetten abgebaut worden sind! Zudem haben die Etablierten unser Gesundheitssystem kaputtgespart und dadurch krisenanfällig gemacht. Für die AfD-Fraktion ist klar: Es darf keinen weiteren Lockdown und keine Diskriminierung von Ungeimpften geben. Wir brauchen eine Politik der Wertschätzung für die Arbeit der Pfleger und Ärzte. Einsparungen dürfen nicht auf dem Rücken des überlasteten Personals erfolgen. Die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft ist der Anwalt aller Bürger, die ihre Grundrechte bedroht sehen und sich nach einem normalen Leben in Freiheit sehnen. Und wir werden immer mehr!

Millionen für Umdeutung deutscher Kolonialgeschichte

Wolf: „Ideologisch motivierte Steuerverschwendung“



Besudelte Bismarckstatue im Altonaer Schleepark

Eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Alexander Wolf deckt auf, dass der rot-grüne Senat diverse Institute und Projekte zur sogenannten „Neukontextualisierung“ der deutschen Kolonialgeschichte in Millionenhöhe fördert.

Der Senat begünstigt z. B. das „German Institute for Global and Area Studies“ (GIGA) mit 3 Millionen Euro aus dem Hamburger Haushalt. Vom Bund und den Ländern kommen noch einmal 5 Millionen Euro dazu, um „koloniale Denkmuster“ zu erforschen. Das Kunstprojekt „THE GATE“ mit der Verhüllung der Kolumbus-Statue an der Kornhausbrücke in der Speicherstadt kostete über 100.000 Euro. Das Tanzprojekt „Bismarck Dekolonial“ schlug mit 55.000 Euro zu Buche. Der Elbkulturfond

erhält jährlich 500.000 Euro vom Hamburger Steuerzahler und unterstützt diese Projekte ebenfalls. 2020 und 2021 kamen selbstverständlich 500.000 Euro aus den Coronamitteln dazu.

Für den Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf sind diese Projekte Steuerverschwendung: „Der rot-grüne Senat versucht, die Bürger umzuerziehen. Für die Umdeutung der Kolonialgeschichte ist dem Senat nichts zu teuer. Viele Bürger haben in der Corona-Zeit ihre Arbeit verloren, die Energiepreise steigen, der Wohnraum wird unbezahlbar – und Rot-Grün lässt für 55.000 Euro gegen Bismarck tanzen. Die ideologisch motivierte Steuerverschwendung muss beendet werden.“

AfD-Fraktion fordert: Keine Gelder für Antifa-Verein

Die AfD-Fraktion fordert, die finanziellen Zuwendungen für die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. Land Hamburg“ (VVN-BdA) zu streichen. Die VVN-BdA wird von Verfassungsschutzbehörden seit Jahren als linksextremistische Organisation bezeichnet, die der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) nahesteht. Laut Selbstverständnis treten sie für die Vision einer „antifaschistischen Zukunft“ ein.

Für den Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf ist das ein Skandal: „Der Staat finanziert seine Staatsfeinde. Setzen wir ein Zeichen und gehen wir gegen die linksextreme Antifa vor. Drehen wir den Kommunisten den Geldhahn ab!“

Die familienpolitische Sprecherin Olga Petersen sagt, damit müsse endlich Schluss sein: „Rot-Grün unterstützt mit den Zuwendungen eine Organisation, die alle ‚nicht-marxistischen‘ Systeme – also auch unsere Demokratie – als faschistisch bezeichnet und bekämpfen will. Für den Steuerzahler sind derartige Geldzuwendungen unzumutbar.“

AfD-Fraktion fordert Ehrung des dänischen Karikaturisten Westergaard

Am 14. Juli 2021 verstarb der dänische Karikaturist Kurt Westergaard im Alter von 86 Jahren. Unfreiwillig berühmt wurde Westergaard durch seine 2005 veröffentlichte Mohammed-Karikatur. Die in der islamischen Welt als Blasphemie empfundene Karikatur führte zu gewaltsamen Ausschreitungen, in dessen Folge mindestens 200 Menschen getötet wurden. Kurt Westergaard stand bis zuletzt unter Polizeischutz und auf der Todesliste von Al-Qaida. Altkanzlerin Angela Merkel ehrte Westergaard im Jahre 2011 mit einer Auszeichnung für den Einsatz der Presse- und Meinungsfreiheit. Die AfD-Fraktion fordert, dass zu Ehren des dänischen Karikaturisten eine Straße in Hamburg benannt wird.

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer Krzysztof Walczak wäre die Straßenbenennung ein eindeutiges Signal: „Mit dem Tod von Kurt Westergaard verstummt eine bedeutende Stimme im Kampf um die freie Meinung. Westergaard kann zweifellos als Europas Vorkämpfer für Meinungs- und Pressefreiheit angesehen werden. Mit seinem Mut ist er ein Vorbild für die freiheitlichen Werte der europäisch-abendländischen Kultur. Ehren wir den aufopferungsvollen Einsatz von Kurt Westergaard für Freiheit und Demokratie auf angemessene Weise in unserer Hansestadt!“

AfD-Fraktion fordert: Keine Sitzungsgelder für Videokonferenzen

Seit März 2020 zahlt die Bürgerschaftspräsidentin auf Grundlage einer zeitlich befristeten „Auslegungsentscheidung“ Sitzungsgelder für die Teilnahme an Videokonferenzen. Aus Sicht der AfD-Fraktion sind Sitzungsgelder bei Videokonferenzen überflüssig, da sie im Sinne des Abgeordnetengesetzes als Aufwandsentschädigung bei Präsenzsitzungen gelten. Ein Aufwand liegt bei Videokonferenzen jedoch nur in geringem oder keinem Ausmaß vor.

Die AfD-Fraktion fordert daher die Abschaffung für Sitzungsgelder bei Videokonferenzen in Höhe von 40 Euro. Bereits vor einem Jahr hat die AfD-Fraktion die Praxis der Sitzungsgelder kritisiert und verzichtet als einzige Bürgerschaftsfraktion auf Sitzungsgelder für Videokonferenzen.

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer Krzysztof Walczak ist diese Raffke-Mentalität nicht nachvollziehbar: „Mit vollkommen unnötigen Sitzungsgeldern für Videokonferenzen entsteht der Eindruck, dass sich Politiker über Gebühr selbst entlohnen, während die Bürger in Corona-Zeiten um ihre Existenzen kämpfen. Dabei muss die Bürgerschaft gerade in Krisenzeiten Bürgernähe zeigen. Wir sind weiterhin der Auffassung, dass Sitzungsgelder für Videokonferenzen überflüssig sind, denn für Abgeordnete entsteht – anders als bei Präsenzsitzungen – kein nennenswerter Aufwand. Die Auslegungsentscheidung der Präsidentin war falsch und bedarf daher einer dringenden Korrektur.“

Verkehrsverbund verbannt Begriff „Schwarzfahren“

Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) streicht den Begriff „Schwarzfahren“ aus seinem Wortschatz. Laut Hochbahnsprecher stören sich vermehrt Menschen an dem als „rassistisch“ empfundenen Begriff. Zuvor hatten Berlin, München und Hannover den Begriff aus dem Wortschatz verbannt. Ursprünglich leitet sich das Wort vom jiddischen „shvarts“ (Armut) ab und bezeichnete Personen, die sich aus Armutgründen kein Ticket leisten konnten.

Der Fraktionschef Dirk Nockemann könnte sich schwarzzergern: „Die linksgrüne Kultur der Verbote und der Umwälzungen überträgt sich wie ein Virus auf sämtliche Lebensbereiche. Selbst Begrifflichkeiten, die überhaupt keinen Bezug zu schwarzen Menschen aufweisen, werden ausgelöscht. Der Hamburger Verkehrsverbund wäre besser beraten, Schwarzfahrer effektiver zu bekämpfen, anstatt Sprachpolizei im Sinne der Cancel Culture zu spielen.“

Schockanrufer erbeuten immer mehr Geld

Nockemann: „Senioren vor perfider Masche schützen“



Die Senatsantwort auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Dirk Nockemann zeigt, dass sich die Zahl der registrierten Einzeltrick- und Schockanrufe in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt hat. Zudem hat sich die Schadenssumme mehr als verfünffacht.

Das Landeskriminalamt (LKA) unterscheidet zwischen Schockanruf und Einzeltrick. Erstmals wurden 2018 Schockanrufe registriert, eine spezielle Version des sogenannten Einzeltricks. Dabei geben die Täter vor, nahe Verwandte hätten einen Unfall gehabt. Beim Einzeltrick geben sich die Anrufer hingegen selbst als nahe Verwandte aus.

2016 gab es insgesamt 313 Einzeltricks, davon wurden zehn vollendet. Der Schaden betrug circa 132.000 Euro. 2020 wurden von den 524 versuchten Einzeltricks 15 vollzogen – bei einem Schaden von 226.000 Euro. Bei den 178 Schockanrufen gab es im Jahr 2020 sieben Vollendungen. Der Schaden belief sich hierbei auf 120.500 Euro. Zusammengekommen lag der Schaden bei 346.500 Euro.

Bis zum 31. Oktober 2021 wurden bereits 249 versuchte Einzeltricks registriert, davon wurden zehn vollendet. Beim Schockanruf wurden 334 Fälle registriert und 15 wurden vollendet. Der Schaden beträgt insgesamt fast 750.000 Euro – 146.000 Euro beim Einzeltrick, 602.300 Euro entfallen auf Schockanrufe.

Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag, dass Hamburg eine breit aufgestellte Aufklärungskampagne gegen diese miese Masche auf die Beine stellen soll. Für den Fraktionschef Dirk Nockemann muss der Senat seine Hausaufgaben machen: „Die perfiden Maschen werden vielseitiger und leider immer erfolgreicher. Häufig sind es unsere älteren Mitbürger, die auf kriminelle Machenschaften hereinfallen und viel Geld verlieren. Die Strafverfolgungsbehörden müssen noch intensiver versuchen, an die Hintermänner heranzukommen. Wichtig ist, dass nun verstärkt präventive Aufklärungsarbeit geleistet wird. Unsere Senioren müssen effektiver vor der perfiden Masche geschützt werden.“

Libyscher Mörder war ausreisepflichtig

Nockemann: „Katastrophale Asylpolitik unter Rot-Grün“

Am 18. Oktober 2021 begann der Strafprozess gegen den wegen mutmaßlichen Totschlags verhafteten „Flüchtling“ Sharif A. Dem 23-jährigen Mann libyscher Herkunft wird vorgeworfen, am 10. Januar 2021 die 20-jährige Viktoria L. im Fahrradkeller eines Mehrfamilienhauses in Neuallemöhe unter Drogen gesetzt, vergewaltigt und getötet zu haben.

Nun zeigt die Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, dass Sharif A. vollziehbar ausreisepflichtig war und nur aufgrund fehlender Reisedokumente geduldet wurde. Der Tatverdächtige stellte 2016 einen Asylantrag – 2017 wurde das Asylverfahren eingestellt. Weiterhin geht aus der Antwort hervor, dass es sich bei dem 23-jährigen Libyer um einen mehrfach verurteilten Straftäter handelt, der unter anderem wegen Drogenhandels an Minderjährigen und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zu einer dreijährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt wurde.

Fraktionschef Dirk Nockemann ist fassungslos: „Was muss in Deutschland eigentlich noch passieren, damit ausreisepflichtige Migranten abgeschoben werden? Dieser Fall ist ein Paradebeispiel für die historisch katastrophale Asylpolitik unter Rot-Grün. Die Tatsache, dass der libysche ‚Flüchtling‘ mehrfach verurteilt und ausreisepflichtig war – aufgrund fehlender Reisedokumente jedoch im Duldungsstatus verblieb – setzt dem Regierungsversagen die Krone auf.“

Und er ergänzt: „Es zeigt einmal mehr: Unter Asylbewerbern befinden sich nicht-integrierbare Gewalttäter, die unser Gastrecht schamlos missbrauchen. Es ist eine nie zu ertragende Ohrfeige für die Angehörigen einer ermordeten jungen Frau, die noch am Leben sein könnte. Kriminelle und vor allem abgelehnte Asylbewerber müssen konsequent abgeschoben werden! Wir brauchen eine Abschiebekultur statt Willkommenskultur.“



Anteil der Kurzstreckenflüge bei fast 80 Prozent

Die Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage zeigt, dass der Anteil von Kurzstreckenflügen am gesamten Flugaufkommen des Hamburger Flughafens im Jahr 2019 bei 78 Prozent lag. Damit bleibt das Aufkommen von Kurzstreckenflügen gegenüber 2015 (80 Prozent) auf einem stabilen Niveau. Mit Blick auf den Gesamtumsatz machen Kurzstreckenflüge einen Anteil von 57 Prozent aus. Auch hier bleibt das Niveau gegenüber 2015 (58 Prozent) nahezu identisch. Aufgrund der Coronakrise wurde das Jahr 2020 als nicht repräsentativ eingeordnet. Als Kurzstrecken bezeichnet der Senat Flugweiten bis zu 1.500 Kilometer sowie innerdeutsche Strecken.

Für den wirtschaftspolitischen Sprecher Krzysztof Walczak ist klar: „Den grünen Verbotshantasiern zum Trotz verdeutlicht unsere Anfrage die hohe Popularität von Kurzstreckenflügen in Hamburg. Eine Politik im Sinne der Menschen schließt ihre Bedürfnisse und Sorgen mit ein – die Grünen müssen der Realität ins Auge sehen und ihre Verbotshaltung zu Kurzstreckenflügen ändern, anstatt tausende Arbeitsplätze zu gefährden. Ein Flugverbot hätte fatale wirtschaftliche Folgen für den Hamburger Flughafen. Die Bürger müssten erhebliche Nachteile in Kauf nehmen und auch aus klimapolitischer Sicht wäre kaum etwas gewonnen. Als AfD-Fraktion setzen wir auf die Freiheit und widersprechen allen Verbotsforderungen!“

AFD-Fraktion fordert Senkung der Umsatzsteuer auf Babywindeln

Der reguläre Umsatzsteuersatz – aus Verbrauchersicht auch Mehrwertsteuer genannt – beträgt 19 Prozent. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz beträgt sieben Prozent. Die Steuersubvention wurde 1968 eingeführt und sollte Geringverdiener, Familien und Rentner entlasten, die üblicherweise einen Großteil ihres Einkommens für Güter des täglichen Lebens aufwenden müssen. Das ist die Theorie, in der Praxis kommt es zu absurden Ermäßigungen. Auf Windeln muss der volle Steuersatz in Höhe von 19 Prozent bezahlt werden, dafür sind Krabben und Katzenfutter vergünstigt.

Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag, dass sich der Senat auf Bundesebene dafür einsetzen soll, dass der Steuersatz auf Babywindeln von 19 auf sieben Prozent gesenkt wird.

Dazu die familienpolitische Sprecherin Olga Petersen: „Das Steuersystem ist unlogisch, ungerecht und unsozial. Es kann doch nicht sein, dass Familien stärker belastet werden als Katzenfreunde oder Krabbenesser. Der Gesetzgeber ist hier in der Pflicht und muss an der Entlastungsschraube für Familien drehen.“

AfD-Fraktion stellt sich gegen das Mammutprojekt Oberbillwerder

Das Mammutprojekt Oberbillwerder soll mit 118 Hektar (mehr als 165 Fußballfelder) und geschätzten 20.000 Einwohnern Hamburgs neuer 105. Stadtteil werden. Die Kulturlandschaft soll ab 2023 massiv mit Sand aufgeschüttet werden. Die Beschaffung und die Höhe der Kosten von über eine Million Kubikmeter Sand sind ungeklärt.

Für den stadtentwicklungspolitischen Sprecher Dr. Alexander Wolf ist das verantwortungslos: „Fast 400 Stellungnahmen und Bedenken der Bürger während der öffentlichen Plandiskussion wurden vom Senat ignoriert. Die Planungen sind ideologiegetrieben, bevormundend und realitätsfremd. Wir lehnen die künstliche Betonstadt auf der grünen Wiese ab! Es bleiben viele Fragezeichen. Die Verkehrsanbindung ist nach wie vor ungeklärt, private PKWs sind unerwünscht, unzureichendes Entwässerungsmanagement und Gefahren für Natur und Umwelt stehen im Raum. Wir sind für eine maßvolle Nachverdichtung und gegen künstlich geschaffene Stadtteile auf der grünen Wiese.“

AfD-Fraktion ist für eine Städtepartnerschaft mit israelischer Stadt

Die AfD-Fraktion setzt sich in einem Antrag für eine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt ein. Hamburg ist eine international ausgerichtete Welthandelsstadt. Dies kommt nicht zuletzt durch Hamburgs derzeit neun Partnerstädte auf vier Kontinenten zum Ausdruck: Chicago, Dar es Salaam (Tansania), Dresden, León (Nicaragua), Marseille, Osaka, Prag, Sankt Petersburg, Shanghai.

Nach Ansicht der AfD-Fraktion fehlt ein wirtschaftlicher und kultureller Austausch zu einer Stadt im Nahen Osten. Die AfD-Fraktion hat sich bereits mehrmals dafür ausgesprochen, im Nahen Osten einen demokratischen Partner zu finden. Im Juli 2021 ist das sozialdemokratisch regierte München eine Partnerschaft mit Be'er Scheva in Israel eingegangen.

Dazu der Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf: „Eine Städtepartnerschaft ist ein wertvoller Baustein für die Völkerverständigung. Hamburg könnte damit ein starkes und wichtiges Zeichen der Freundschaft zu Israel setzen, der einzigen funktionierenden Demokratie im Nahen Osten.“

AfD-Fraktion fordert Wiederaufbau der Nikolaikirche

Wolf: „Hamburgs kulturhistorisches Erbe würdigen“



Der 147,3 Meter hohe Turm von St. Nikolai war von 1874 bis 1877 das höchste Bauwerk der Welt

Hamburgs historischer Marktplatz – der Hopfenmarkt – wird umgestaltet. Der heute als Parkplatz benutzte Hopfenmarkt soll eine neue Aufenthaltsqualität erhalten. Die unter dem Hopfenmarkt befindliche rund 1.000 Jahre alte sächsische Siedlung „Neue Burg“ soll freigelegt werden und als unterirdisches Museum die Hamburger Stadtgeschichte erlebbar machen.

Im Rahmen der Umgestaltung fordert die AfD-Fraktion den Wiederaufbau der Hauptkirche St. Nikolai. Aus Sicht der AfD-Fraktion sprechen viele Gründe für eine Revitalisierung. Die Nikolaikirche hat eine bewegte Geschichte, die bis ins Jahr 1195 zurückreicht. Nach dem Großen Brand 1842 wurde die Kirche wiederaufgebaut und 1874 bei einer Höhe des Turms von 147 Metern als höchstes Bauwerk der Welt eingeweiht. Die heutige Nikolairuine steht als Mahnmal für die schreckliche „Operation Gomorrha“ und die Schrecken des Zweiten Weltkrieges. Auch die ebenfalls im Zweiten Weltkrieg zerstörte Dresdener Frauenkirche – ein Mahnmal

in der DDR – wurde im Jahr 2005 zu neuem Leben erweckt und wiedererrichtet.

Dazu der Fraktionsvizechef und stadtentwicklungspolitische Sprecher Dr. Alexander Wolf: „Die Pläne zur Umgestaltung des historischen Marktplatzes sind begrüßenswert. Unsere Hansestadt verdient eine angemessene Würdigung seines archäologischen und kulturhistorischen Erbes. Mit dem unterirdischen Museum findet der Hopfenmarkt eine archäologische Würdigung – mit dem Wiederaufbau der neugotischen Nikolaikirche hätten wir parallel dazu die kulturhistorische Würdigung. Die Nikolaikirche teilt das historische Schicksal der Dresdener Frauenkirche. Umso mehr wünschen wir uns, dass auch die heutige Nikolairuine erfolgreich wiederaufgebaut wird. Das würde zweifellos zur Belebung der Innenstadt beitragen, vergleichbar auch der Neuen Altstadt Frankfurt. Nicht nur im Sinne eines touristischen Anziehungspunktes und Wahrzeichens – sondern auch als weiteres, hoffnungsvolles Symbol der Versöhnung.“

Verbotsverfahren gegen Islamisches Zentrum Hamburg

Nockemann: „Kein Pardon für Islamisten!“

Medienberichten zufolge liegen dem Hamburger Verfassungsschutz mehrere Belege vor, die die Weisungsgebundenheit des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) gegenüber dem iranischen Regime bestätigen. So wird der Leiter des IZH, Mohammad Mofatteh, in Schreiben der Staatsführung aus Teheran, als „geehrter Vertreter des Obersten Führers, Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg“ bezeichnet. Des Weiteren finden sich Belege für Verknüpfungen zwischen dem IZH und der terroristischen Organisation Hisbollah.

Der innenpolitische Sprecher Dirk Nockemann dazu: „Der Verfassungsschutz deckt auf, was wir seit Jahren predigen. Das Islamische Zentrum Hamburg fungiert als Brückenkopf des Mullah-Regimes in Deutschland und Europa. Aus den Verbindungen zur Terrormiliz Hisbollah wird eines deutlich: Wir haben es mit antisemitisch tickenden Zeitbomben zu tun, von denen eine große

Gefahr für unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft ausgeht. Als AfD-Fraktion fordern wir Rot-Grün auf, endlich hart und entschieden vorzugehen – für Islamisten und Terrorverbündete darf es kein Pardon geben!“ Die AfD-Fraktion fordert daher die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen das IZH. Für den Fraktionschef Nockemann muss jetzt Schluss sein: „Es reicht! Schlimm genug, dass Rot-Grün den wachsenden Islamismus in unserer Hansestadt erst gedeihen ließ. Wenn das Islamische Zentrum Hamburg nun sogar als Brückenkopf des Mullah-Regimes fungiert und Verbindungen zur Terrormiliz Hisbollah aufweist, dann kann das nur ein unverzügliches Verbotsverfahren zur Folge haben! In den vergangenen Jahren hat sich die Bedrohung islamistischer Anschläge immer wieder auf erschreckende Weise bestätigt. Zum Schutze unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft muss Rot-Grün gegen das IZH nun endlich klare Kante zeigen!“

AfD-Fraktion fordert Erhalt der Veddeler Fischgaststätte



Die „Veddeler Fischgaststätte“ besteht seit den 1930er Jahren und ist eine absolute „Kult-Gaststätte“. Sie überstand Krieg und Sturmflut, aber jetzt bedroht der entwurzelte Bauwahn des rot-grünen Senates die Hamburgensie. Die AfD-Fraktion forderte als erste Fraktion in einem Antrag, dass die Fischgaststätte inklusive Interieur in die Denkmalliste aufgenommen und an diesem Ort in die Rahmenplanung integriert wird. Alle anderen Fraktionen lehnten dies ab. Für Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf gehört die Fischgaststätte auf der Veddel zu Hamburg: „Die Veddeler Fischgaststätte muss als Hamburgensie unbedingt erhalten bleiben. Das Kleinod darf nicht plattgemacht werden, sondern muss Bestandteil der Rahmenplanung um den Stadteingang Elbbrücken bleiben.“



Die Blaue Moschee an der Alster ist ein Anlaufpunkt für Islamisten

AfD-Fraktion kritisiert: Abschaltung von Moorburg

Im Sommer 2021 wurde das erst sechs Jahre junge Kraftwerk Moorburg endgültig abgeschaltet. 1.600 Megawatt verlässliche Leistung gehen vom Netz. Während Deutschland seine vergleichsweise sauberen Kohlekraftwerke abschaltet, werden weltweit 1.000 Anlagen geplant und gebaut. 2017 betrug der Anteil Deutschlands an den weltweiten Treibhausgasemissionen laut Bundesumweltministerium nur 1,9 Prozent. Zum Vergleich: der von China liegt bei 27,3 Prozent. Der energiepolitische Sprecher Thomas Reich hält nichts von der Abschaltung: „Die Abschaltung von Moorburg ist ein einziges Trauerspiel und steht sinnbildlich für grüne Politik. Nur wenige Jahre in Betrieb, wird eines der effizientesten und modernsten Kohlekraftwerke in Deutschland zum Milliardengrab, das nun auf dem Altar der grünen Klimaideologie geopfert wird. Selbst wenn Deutschland vollständig dekarbonisiert werden würde, hätte das keinerlei Auswirkungen auf das Weltklima. Als AfD-Fraktion fordern wir eine ideologiebefreite faktenorientierte Sicht auf die Dinge! Grüne Utopien dürfen technologisches und wirtschaftliches Denken nicht ablösen. Und der Strom muss für alle bezahlbar bleiben.“

AfD-Fraktion fordert Tierschutzbeauftragten

Zu den Zielen im rot-grünen Koalitionsvertrag gehört der Schutz von Tieren auf allen Ebenen. Ein verantwortungsvoller und ethischer Umgang mit Tieren ist vielen Bürgern ein wichtiges Anliegen.

Die AfD-Fraktion fordert einen Tierschutzbeauftragten für Hamburg. Dieser soll als Ansprechpartner für Tierschutzverbände- und Vereine sowie für viele ehrenamtlich tätige Bürger im Tierschutz fungieren und beratend zur Seite stehen. Dazu der Sprecher für Tierschutz Thomas Reich: „Bundesländer wie Berlin und Hessen haben bereits positive Erfahrungen gesammelt. Tierschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nimmt auch in der Politik einen immer höheren Stellenwert ein.“

Der Tierschützer Thomas Reich ergänzt: „Wir wollen eine grundsätzliche Verbesserung des Tierwohls in Hamburg. Zum Wohle des Tieres fordern wir daher einen Tierschutzbeauftragten!“

AfD-Fraktion fordert Auflösung des Genderzentrums

Das Zentrum Gender & Diversity (ZGD) ist eine gemeinsame Einrichtung der Hamburger Hochschulen. Es bietet Forschungszertifikate im Bereich „Genderkompetenz“ sowie „Intersektionalität und Diversity“ an.

Zu den Veranstaltungen im Sommersemester 2021 gehörten „Weißsein“ und „Die Macht weißer (Frauen)“. Laut AfD-Anfrage bezieht das Zentrum seine finanziellen Mittel von der Hochschule, zu denen jährliche Sachmittel in Höhe von 49.000 Euro zählen. Da es sich aus Sicht der AfD-Fraktion um pseudowissenschaftliche Irrlehren handelt, fordert sie die Auflösung des Zentrums für Gender und Diversity.

Dazu der wissenschaftspolitische Sprecher Krzysztof Walczak: „Ein Blick in die sogenannten Lehrveranstaltungen genügt, um zu sehen, wes Geistes Kind hier am Werk ist. Unter dem Deckmantel vermeintlicher Vielfalt und Toleranz werden mit pseudowissenschaftlichen Theorien nur neue Feindbilder geschaffen. Ziel ist ein radikaler Gesellschaftswandel im Sinne rotlackierter Sozialisten. Hier ist eine neue Form des Rassismus gegen Weiße auf dem Vormarsch. Wir fordern daher: Schluss mit der Alimentierung linker Propaganda an den Hochschulen!“

Maßnahmenpaket für mehr Demokratie

Walczak: „Wichtiger Schritt zur Chancengleichheit“

Im vorangegangenen Bundestagswahlkampf wurde es überdeutlich, dass die in Teilen undemokratischen Zustände in Hamburg unhaltbar sind. Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag ein Sofortmaßnahmenpaket für mehr Demokratie.

Darin wird unter anderem gefordert, dass der Senat sich auf Bundesebene für eine Strafrechtsreform einsetzen soll, um den Diebstahl und die Sachbeschädigung von Wahlplakaten härter zu bestrafen. Außerdem soll die Richtlinie geändert werden, dass Plakate nur mit Bodenkontakt aufgestellt werden können. Zudem sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass öffentliche Gebäude in der Wahlkampfzeit allen politischen Parteien zur Verfügung gestellt werden.

Dazu der verfassungspolitische Sprecher Krzysztof Walczak: „Tätliche Angriffe, Bespucken, Beleidigungen, Pöbeleien:

Als AfDler ist man in Hamburg einiges gewöhnt. Aber auch unsere politischen Mitbewerber haben mit undemokratischen Zuständen im Wahlkampf zu kämpfen. Und das ist eben nicht bloß Opfermythos: In ganz Hamburg konnte die AfD keine einzige Wahlkampfveranstaltung durchführen, so dass man in die umliegenden Bundesländer ausweichen musste.“

Und er ergänzt: „Über 90 Prozent der AfD-Wahlplakate überdauern noch keine 48 Stunden. In den sozialen Netzwerken machen gewaltbereite Linksextremisten gegen AfD-Infostände mobil, um sie zu belagern und Bürger zu bedrängen. In Sonntagsreden bekennen sich alle zur Demokratie. Aber wann werden aus diesen Lippenbekenntnissen endlich Taten? Mit unserem Antrag wäre der erste wichtige Schritt zu mehr Chancengleichheit gemacht.“



Demokratiefeinde bei der Arbeit: AfD-Plakat landet im Mülleimer

AfD-Fraktion veröffentlicht Positionspapier zum Islamismus

Nockemann: „Klätlich gescheitert“ / Wolf: „Rot-Grün schaut weg“

Die AfD-Fraktion stellte im November 2021 in einem 10-Punkte-Katalog zentrale Forderungen zur Islampolitik in Hamburg vor. Das 47 Seiten umfassende Positionspapier widmet sich dem Islamismus in Hamburg.

Das Papier stellt nicht nur eine Sammlung der parlamentarischen Aktivitäten dar, sondern erhebt darin auch neue Forderungen: So fordert die AfD-Fraktion, dass sich die Regierungen auf Bundesebene gegen die Aufnahme von IS-Veteranen aussprechen. Zudem darf der Staatsvertrag mit den Islamverbänden nicht verlängert werden. Und die AfD-Fraktion unterstreicht die Forderung, dass das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) geschlossen werden muss.

Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist klar: „Rot-Grün ist mit seiner Is-

lampolitik klätlich gescheitert. Viel zu lange ließ man die islamistische Szene in Hamburg gewähren. Es ist daher kein Zufall, dass 5,9 Prozent – also 1.660 (!) – der insgesamt 28.000 bundesweit registrierten Islamisten in Hamburg leben. Wir müssen der wachsenden Gefahr durch den Islamismus entschlossen entgegenwirken.“

Der Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf fügt hinzu: „Wir sehen eine erhebliche Gefahr durch den politischen Islam; die Toleranzpolitik unter Rot-Grün schaut weg. Wir setzen dem unsere zehn Forderungen entgegen. Und die skandalöse rechtswidrige Zuerkennung der Gemeinnützigkeit an das IZH muss durch einen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden.“

Das Positionspapier ist in der Geschäftsstelle der AfD-Fraktion und als elektronische Fassung auf der Netzseite erhältlich.



AfD-Fraktion fordert Sonderfonds für Corona-Impfschäden



Die in Deutschland verbreiteten Corona-Impfstoffe haben nur eine bedingte Zulassung, die an den von der Bundesregierung erklärten epidemischen Zustand von nationaler Tragweite gebunden sind. Das staatliche Paul-Ehrlich-Institut (PEI) sammelt und bewertet Meldungen zu unerwünschten Arzneimittelnebenwirkungen. Im Sicherheitsbericht vom 20. September 2021 berichtet das PEI bereits von 156.360 aus Deutschland gemeldeten Verdachtsfällen von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen. In 10.578 Verdachtsfällen wurden schwerwiegende unerwünschte Reaktionen gemeldet.

Die AfD-Fraktion fordert die Einrichtung eines Sonderfonds speziell für Haftungen aus Corona-Impfschäden. Außerdem sollen Studien in Auftrag gegeben werden, um die Nebenwirkungen und Langzeitfolgen der Corona-Impfungen wissenschaftlich zu begleiten.

Dazu die AfD-Abgeordnete Olga Petersen: „Die Corona-Impfungen sind ein großer Feldversuch mit ungewissen Folgen, da die Nebenwirkungen und Langzeitfolgen kaum bekannt sind. Der Staat darf die geschädigten Bürger nicht im Stich lassen und muss deshalb einen Sonderfonds einrichten. Wenn die Bürger schon zur Spritze gezwungen werden, dann dürfen sie bei Komplikationen nicht im Stich gelassen werden.“



Dr. Alexander Wolf und Dirk Nockemann auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Positionspapiers

Rot-Grün erfasst den Aufenthaltsstatus von Obdachlosen im Winternotprogramm nicht

Eine AfD-Anfrage zeigt, dass der rot-grüne Senat den Aufenthaltsstatus von Obdachlosen im Winternotprogramm überhaupt nicht erfasst. Demnach liegen nur freiwillige Angaben vor. Die Obdachlosen unter Quarantäne gaben folgenden Nationalitäten an: Nigeria, Polen, Lettland, Ghana, Bulgarien, Rumänien, Litauen, Estland, Sierra Leone, Slowakei, Elfenbeinküste, Spanien, Deutschland, Niger, Gambia, Griechenland, Moldau, Kolumbien, Guinea, Portugal, Burkina Faso, Marokko, Russland, Iran, Albanien, Türkei, Ungarn, Irak, Kenia, Algerien, Jamaika und Eritrea.

Für den gesundheitspolitischen Sprecher Thomas Reich ist das unverständlich: „Der Senat handelt nach dem Prinzip der drei Affen: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Das ist unfassbar! Es ist gut und richtig, dass Obdachlosen Schutz und Unterstützung angeboten wird. Aber es ist falsch, wenn sich im Winternotprogramm illegale aus aller Herren Länder tummeln und die wenigen Plätze belegen. Kein Obdachloser soll auf der Straße leben – für illegal Eingereiste gibt es in Hamburg jedoch keinen Platz.“

AFD-Fraktion fordert ein Maßnahmenpaket für mehr Schutz vor Krankenhausinfektionen

Laut Robert Koch-Institut infizieren sich in Deutschland jährlich bis zu 600.000 und in Hamburg bis zu 20.000 Patienten mit gefährlichen Krankenhauskeimen. Die Zahl der Todesfälle liegt bundesweit bei bis zu 20.000 und hamburgweit bei über 500. Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag den Senat auf, dass er sich auf Bundesebene verstärkt für mehr Schutz einsetzen soll. Außerdem sollen neue Lehrstühle für Hygiene und Umweltmedizin, Krankenhaushygiene, klinische Mikrobiologie und Infektionsforschung eingerichtet werden. Daneben soll er sich dafür einzusetzen, dass Intensivbetten für Patienten mit multiresistenten Keimen in Relation zur Bettenanzahl eines Krankenhauses und deren isolierte Spezialpflege verpflichtend vorgehalten werden. Dazu der gesundheitspolitische Sprecher Thomas Reich: „Jeder an einer Krankenhausinfektion gestorbene Patient ist einer zu viel. Es ist möglich, dass durch strenge Hygienemaßnahmen das Infektionsrisiko minimiert wird. Die Regierenden sollten alles in ihrer Macht Stehende tun.“

Alle zwei Tage eine Sex-Attacke an Bahnhöfen

Nockemann: „Bankrotterklärung rot-grüner Innenpolitik!“



Der Hamburger Hauptbahnhof wird immer mehr zum Tatort

Die Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage zeigt, dass in Hamburgs Bahnhöfen und Bahnen im Coronajahr 2020 insgesamt 154 Sexualstraftaten verübt worden sind. Darunter fallen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wie sexuelle Belästigungen (80 Fälle), exhibitionistische Handlungen (62) sowie sexuelle Übergriffe (4) und Vergewaltigungen (2). Weiter geht aus der Antwort hervor, dass der Staatsanwaltschaft allein für das Jahr 2020 insgesamt 2.113 Verfahren zugrunde lagen, die sich auf Sexualstraftaten in Bahnen oder Bahnhöfen beziehen. Im 1. Quartal 2021 kam es zu 22 Sexualstraftaten.

Deutlich niedriger ist die Zahl im Jahr 2019 bei 46 Straftaten. Laut Senatsantwort ist dies darauf zurückzuführen, dass Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die nach Hamburg gemeldet wurden bis 2019

unter „sonstige Tatörtlichkeit“ erfasst wurden und daher unvollständig sind. Daten zur Täterherkunft wurden nicht genannt.

Für den Fraktionschef Dirk Nockemann sind die Zahlen erschreckend: „Bahnhöfe werden in deutschen Großstädten immer mehr zu Brennpunkten für Kriminalität aller Couleur. 154 Sexualstraftaten innerhalb eines Jahres sprechen Bände. Das bedeutet, dass an fast jedem zweiten Tag ein Sexualverbrechen in öffentlichen Räumen geschieht und die Dunkelziffer dürfte höher liegen. Offenkundig sind Hamburgs Bahnhöfe kein sicherer Raum für Frauen – das ist eine Bankrotterklärung der rot-grünen Innenpolitik! Statt Angsträume zuzulassen, fordern wir endlich mehr Sicherheit und Entschlossenheit im Kampf gegen Kriminalität. Hierzu gehört auch, dass Ross und Reiter benannt werden müssen.“

Linksextremisten beschmieren Gefallenendenkmal

Wolf: „Angriff auf unsere Geschichte“

Linksextremisten beschmierten im Sommer das Gefallenendenkmal am Dammtorbahnhof. Von der Inschrift „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen“ ist nach der Attacke nur noch zu lesen: „Deutschland ... muss sterben“.

Die Linksextremisten werden in einem wohlwollenden taz-Beitrag zitiert: „Wir alle wissen: Der deutsche Reichtum wurde mit auf rassistischer Ausbeutung aufgebaut. Wir als BIPOC (Anm. d. Verf.: schwarze, indigene und farbige Menschen) in Deutschland werden nicht länger um Integration oder Teilhabe betteln,

wir werden dieses faschistische System angreifen: 500 Jahre Kolonialismus reichen. Wir fordern euch auf und laden euch ein, mit uns sämtliche neokoloniale Infrastruktur und das koloniale Erbe, wie es auch hier in Hamburg sichtbar wird, anzugreifen.“

Der Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf dazu: „Die linksextreme Attacke ist ein Angriff auf unsere Geschichte; dazu gehört auch das würdige Gedenken an die Gefallenen. Zu der kruden Links-Ideologie kommt noch eine inakzeptable Sachbeschädigung, die hoffentlich geahndet wird. Erschreckend ist, dass taz-Journalisten bei solchen kriminellen

Aktionen so nah dran sind.“



Gefallenendenkmal am Dammtorbahnhof

„Klimaschützer“-Farbe
schädigt Mönckebergstraße



„Klimaaktivisten“ pinselten am 19. März 2021 einen 60 Meter langen Schriftzug mit sechs Meter großen Buchstaben auf die Mönckebergstraße. Am 14. Mai 2021 erfolgte eine Auffrischung. Rote und grüne Senatoren posierten für die Presse auf dem Schriftzug „Wir alle für 1,5 Grad“. Diese Botschaft sollte längst beseitigt sein, da die Genehmigung Ende Oktober 2021 auslief.

Eine AfD-Anfrage bringt ans Licht, dass der Senat und das Bezirksamt tatenlos bleiben und diesen Zustand weiter dulden. Es wurde noch nicht einmal die Sondernutzungsgebühr in Höhe von insgesamt 1.620 Euro einkassiert. Außerdem ist der Asphalt massiv beschädigt. Dazu antwortet der Senat: „Die Farbe ist in die porige Oberflächenstruktur des Asphalts eingedrungen und müsste nun abgefräst werden. Dadurch wird der Asphalt beschädigt und eine neue Decke müsste aufgetragen werden.“ Eine Entscheidung stehe noch aus.

Für den Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf ist das ein unhaltbarer Zustand: „Der rot-grüne Senat übt sich in Vogel-Strauß-Politik und bleibt weiter tatenlos – das ist die wohlwollende Interpretation – oder aber er brät den ‚Klimaschützern‘ eine Extrawurst zu Lasten der Steuerzahler. Gut, dass wir als AfD-Fraktion genau hinsehen. Wir alle sollten es nicht dulden, dass die sogenannten ‚Klimaschützer‘ öffentliches Eigentum beschädigen und dann auch noch ungeschoren davonkommen sollen. Die ‚Mö‘ muss wieder gesäubert und der ursprüngliche Zustand hergestellt werden. Und die Zeche müssen die Verursacher, die selbsternannten ‚Klimaschützer‘, bezahlen, wie jeder andere Bürger auch. Es kann doch nicht sein, dass der Steuerzahler für eine derartige grüne Idiotie auch noch aufkommen muss.“

Islamistischer Terroranschlag verhindert – dank US-Hinweisen!

Nockemann: „Mit entschlossener Härte entgentreten“

Zwanzig Jahre nach den Terroranschlägen auf die New Yorker Zwillingstürme am 11. September 2001 konnte in Hamburg ein Terroranschlag verhindert werden. Was war geschehen? Mitte Dezember 2021 gaben Innensenator Andy Grote (SPD) und das Landeskriminalamt bekannt, dass ein 20-jähriger Islamist einen Terroranschlag plante. Abdurrahman C. wurde beim Versuch, im Darknet eine Handfeuerwaffe sowie eine Handgranate zu kaufen, durch einen verdeckten Ermittler bereits im August 2021 – also kurz vor der Bundestagswahl – überführt und festgenommen. Bei der Wohnungsdurchsuchung in Hamburg-Jenfeld stießen Ermittler auf Chemikalien für den Bau einer Nagelbombe. Laut Ermittlungsbehörden hätten die sichergestellten Materialien gereicht, um einen Anschlag mit vielen Opfern zu verursachen. Bekannt wurde auch, dass sich der 20-jährige Deutsch-Marokkaner mit Anschlagsplänen, dem Dschihad und dem Märtyrertod befasste. Anfang 2021 nahm er Kontakt zur islamistischen Szene und einer Harburger Moschee auf. Einzig über den genauen Anschlagzeitpunkt sowie den Ort liegen keine Hinweise vor.

Wegen der hohen Bedeutung dieses Falls hat die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen übernommen. Gegen Abdurrahman C. wird wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und eines mutmaßlichen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz ermittelt.

Albanischer Serieneinbrecher illegal in Deutschland

Eine AfD-Anfrage bringt ans Licht, dass sich der mutmaßliche albanische Einbrecher, der in 360 Gartenlauben einbrach, illegal in Deutschland aufhält. Die Erst-einreise erfolgte am 17. April 2021, Mitte August 2021 begann die Einbruchserie in 360 Gartenlauben.

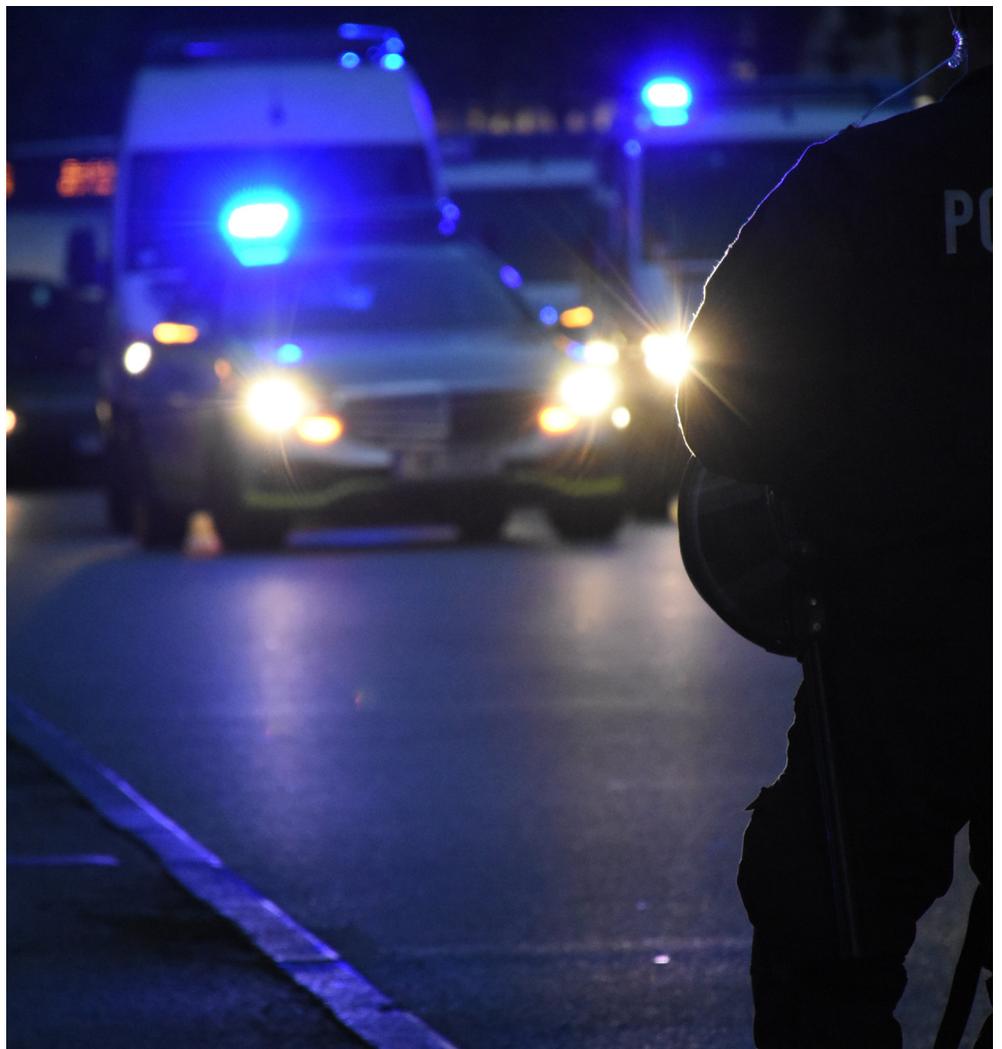
Für den Fraktionschef Dirk Nockemann ist etwas faul im Staate Deutschland: „Man gewinnt den Eindruck, dass die eigenen rechtschaffenen Bürger auf Schritt und Tritt kontrolliert werden, aber eine gewisse Klientel aus aller Herren Ländern machen kann, was sie wollen. Es zeigt sich mal wieder: Grenzkontrollen und Abschiebungen verhindern Straftaten.“

Interessant ist auch, dass der marokkanische Vater des festgenommenen Islamisten ein Angehöriger der Hamburger Terrorzelle um Mohammed Atta war, die die Anschläge vom 11. September 2001 vorbereiteten. Zudem gehörte er zu den Protagonisten rund um die Al-Quds-Moschee, in der die Terrorbomber ihre Gebete verrichteten. Die Moschee wurde mittlerweile geschlossen. Dass Hamburg vom Terror verschont blieb, ist nicht zuletzt den Hinweisen von US-Sicherheitsbehörden zu verdanken. Sie gaben die ersten Informationen an die Hamburger Behörden, die den mutmaßlichen Terroristen daraufhin stoppten.

Man könnte zynischerweise von Terror mit Tradition sprechen. Denn der in Hamburg organisierte islamistische Terroranschlag von New York endete nicht 2001, sondern wirkt bis heute nach. Vom Vater zum Sohn – der im Jahr der Anschläge 2001 geboren wurde – und 20 Jahre später ebenfalls Terror und Tod in die Welt set-

zen wollte. Die Erkenntnis für Deutschland und Hamburg: Islamistische Bestrebungen sind Jahrzehnte nach 9/11 ernster denn je und sie verschwinden nicht einfach.

Im Gegenteil, die Zahl der Islamisten in Hamburg nimmt stetig zu. Mittlerweile leben 1.650 Islamisten in der Hansestadt. Hamburg hat beim islamistischen Terror von 2001 eine wesentliche Rolle gespielt und lernt noch immer nicht dazu. Rot-Grün schaut weg und der Islamismus gedeiht weiter. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann warnt: „Wir erleben die Auswüchse einer radikal-islamischen Parallelgesellschaft, die eine ernsthafte Bedrohung für unsere freiheitliche-demokratische Gesellschaft darstellt. Die Migrationspolitik ist auf ganzer Linie gescheitert. Wir fordern Rot-Grün auf, dringend entgegenzusteuern und den wachsenden Islamismus in Hamburg mit entschlossener Härte zu bekämpfen!“



Blaulicht: Polizisten im Einsatz für unsere Sicherheit



Dirk Nockemann

Fraktionsvorsitzender und Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz, Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/

dirk.nockemann@afd-hamburg.de

Dr. Alexander Wolf

Stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss, Kultur- und Medienausschuss,
Parlamentarischer Untersuchungsausschuss „Cum-Ex“

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,
Schule, Kultur, Jagd, Fischerei

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

alexander.wolf@afd-hamburg.de



Krzysztof Walczak

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied

in folgenden Ausschüssen:

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss,
Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der
Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Europaausschuss

Fachsprecher für:

Digitales, Europa, Gleichstellung, Antidiskriminierung, Hafen, Innovation,
Tourismus, Medien, Verfassung, Verbraucherschutz, Wirtschaft, Wissenschaft

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

krzysztof.walczak@afd-hamburg.de





Olga Petersen

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Familie-, Kinder- und Jugendausschuss,
Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung,
Eingabenausschuss

Fachsprecherin für:

Bürgerkontakte, Eingaben, Familie,
Gleichstellung, Antidiskriminierung, Kinder, Jugend, Medien

<https://afd-fraktion-hamburg.de/olga-petersen/>

<https://www.facebook.com/Olga.Petersen.AfD>

olga.petersen@afd-hamburg.de

Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss,
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Behinderte, Datenschutz, Energie, Gesundheit, Haushalt,
Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/

www.facebook.com/thomas.reich.afd

thomas.reich@afd-hamburg.de



Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration, Öffentliche Unternehmen, Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Bezirke, Öffentliche Unternehmen, Soziales, Sport

afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/

marco.schulz@afd-hamburg.de

Zahlen statt Worte



Über **24**

Millionen Euro erzielte Hamburg aus Bußgeldern für Parkverstöße im Jahr 2021. 2019 waren es 20,7 Millionen.

Quelle: AfD-Anfrage des Abgeordneten Dirk Nockemann (Drucksache 22/6772)



Mit **4.200**

Regenwürmern hat die Uni Hamburg die größte Regenwurmsammlung der Welt. Sie befindet sich im Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels.

Quelle: www.uni-hamburg.de



Mit **133.000**

Euro Förderung war die grüne Heinrich-Böll-Stiftung 2020 Krösus unter den parteinahen Stiftungen. Die linke Rosa-Luxemburg-Stiftung bekam 68.000, die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) 55.000, die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) 47.000 und die Friedrich-Naumann-Stiftung 35.000 (FDP).

Quelle: AfD-Anfrage des Abgeordneten Thomas Reich



23.350

beträgt die verkaufte Auflage des Ex-SPD Blatts Hamburger Morgenpost. Das ist ein Minus von 83,3 Prozent seit 1998.

Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern 3/2021



Über **1,3**

Millionen Überstunden haben sich bei der Polizei angehäuft. Beim Landeskriminalamt hat jeder Mitarbeiter durchschnittlich über 83 Überstunden.

Quelle: AfD-Anfrage des Abgeordneten Dirk Nockemann (Drucksache 22/6469)



2.118

Straßenbäume wurden 2020 unter Rot-Grün gefällt, aber nur 2.013 wurden ersetzt. Das ergibt ein Minus von 105 Bäumen.

Quelle: Bild



8.942

Kleine Waffenscheine waren am 31. Mai 2021 registriert. Im Jahr 2015 waren es 4.606.

Quelle: Anfrage des Abgeordneten Dirk Nockemann (Drucksache 22/4943)



Über **7**

Prozent mehr zugelassene Autos (2015 bis 2021), das ist ein Anstieg von rund 750.000 auf derzeit etwa 805.000 Pkw.

Quelle: www.welt.de

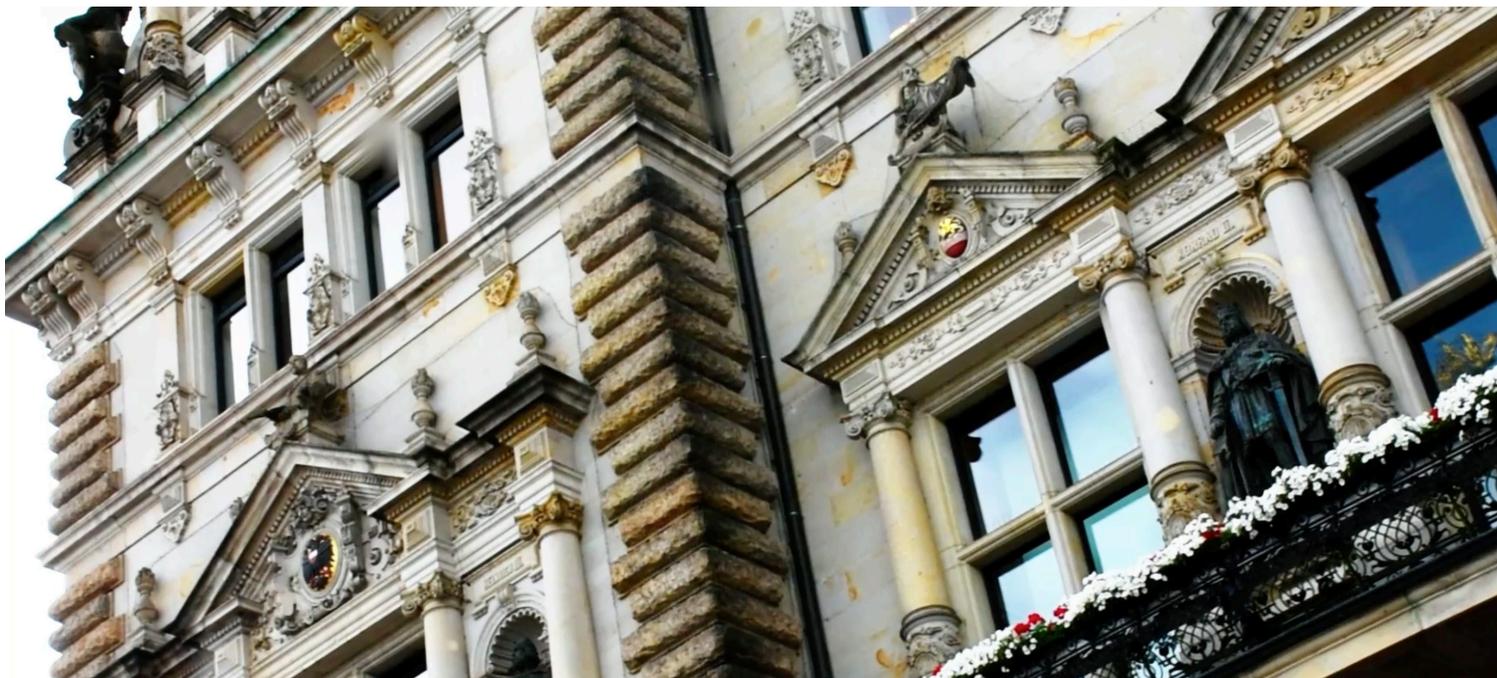
Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl der Presseberichterstattung

- Rnd.de (13.01.2022): Polizei Hamburg untersagt Impfgegner-Demo - CDU, Linke und AfD üben Kritik**
AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann nannte das Verbot „hanebüchen, skandalös und unverhältnismäßig“. Rot-Grün wolle damit Kritiker ihrer Corona-Politik zum Schweigen bringen. „Durch derartige Maßnahmen werden die Menschen radikalisiert“, warnte er. „Sollte das Demonstrationsverbot nicht zu kippen sein, wäre das ein schwarzer Tag für unsere Demokratie.“
- NDR (12.01.2022): Finanzsenator Dressel stoppt umstrittene Auftragsvergabe**
Und AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann fordert eine lückenlose Aufklärung, damit der Ruch der Vetternwirtschaft ausgeräumt werden kann.
- Katholisch.de (04.01.2022): AfD für Wiederaufbau von Hamburger Nikolaikirche - Scharfe Kritik**
Die AfD-Fraktion hat sich für einen Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten ehemaligen Hauptkirche St. Nikolai im Zentrum der Hansestadt ausgesprochen. «Die Nikolaikirche teilt das historische Schicksal der Dresdener Frauenkirche. Umso mehr wünschen wir uns, dass auch die heutige Nikolairuine erfolgreich wiederaufgebaut wird», sagte der stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Wolf.
- NDR (01.12.2021): Hamburgische Bürgerschaft streitet über Ampel-Koalition in Berlin**
Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Dirk Nockemann, warf der Ampel vor, steigende Energiepreise würden zu einer „Verarmung weiter Teile der Gesellschaft führen“. Außerdem würden Menschen nach Deutschland geholt, „die hier wirklich niemand braucht“.
- NDR (01.12.2021): Bürgerschaft: Opposition kritisiert Impfkampagne in Hamburg**
Krzysztof Walczak von der AfD warnte vor einer Impfpflicht, die die Gesellschaft nicht nur spalten, sondern zerreißen werde. Er verwies auf die Proteste in Österreich. Er selbst sei zwar geimpft, aber die Rechte der Ungeimpften müssten respektiert werden. „Sie stempeln aber mit ihrer Kriegsrhetorik diese Menschen zu Menschen zweiter Klasse ab“, meinte er.
- NDR (26.11.2021): Hamburger AfD legt Positionspapier zum Islamismus vor**
In rund einem Jahr läuft der Staatsvertrag mit den islamischen Verbänden in Hamburg aus - die AfD-Fraktion in der Bürgerschaft will nach eigenen Angaben jetzt schon mobil machen, damit er nicht verlängert wird. Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion am Freitag im Hamburger Rathaus einen Zehn-Punkte-Katalog zum Islamismus vorgelegt. Auf 47 Seiten zählt sie auf, warum die Stadt künftig einen härteren Kurs gegenüber den islamischen Verbänden wie der DITIB einschlagen müsse.
- Welt.de (09.11.2021): Rot-Grün weitet 2G-Regel bei steigenden Corona-Fällen in Kliniken aus**
Unterdessen ruft der gesundheitspolitische AfD-Sprecher Thomas Reich zu „Vernunft und Augenmaß“ auf - „an Stelle unsäglicher Forderungen nach einer 2G-Ausweitung, die die Gräben unserer bereits gespaltenen Gesellschaft tiefer ziehen wird“. Die Abschaffung der kostenlosen Tests sei ein gravierender Fehler gewesen. Reich: „Es braucht keine Ausgrenzung, Hetze oder Lockdowns gegen Ungeimpfte, sondern eine Politik, die alle Bürger einbezieht.“ Der AfD-Politiker ergänzt: „Unser 2G heißt Grundgesetz. Wir wenden uns entschieden gegen eine verfassungsfeindliche Ausgrenzung von Millionen Bürgern, die darüber hinaus völlig gesund sind.“
- NDR (20.10.2021): Bürgerschaft: Viel Kritik an Hamburgs Verkehrspolitik**
Von den Oppositionsparteien hingegen kam harsche Kritik. Der AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann meinte, zu welcher Tages- und Nachtzeit man auch in der Stadt unterwegs sei, alle 200 Meter spätestens stünde man vor einer roten Ampel.
- NDR (02.10.2021): Cum-Ex-Geschäfte: Finanzamtsmitarbeiter sagt im PUA aus**
In der kommenden Sitzung will der Untersuchungsausschuss über einen Befangenheitsantrag der AfD beraten. Der richtet sich unter anderem gegen den Ausschussvorsitzenden. Hintergrund: Er und der SPD-Obmann waren nach eigenen Angaben dabei, als der SPD-Landesvorstand 2017 grünes Licht für Großspenden von Warburg-nahen Unternehmen gegeben hat.
- Radio Hamburg (29.09.2021): CDU und AfD nutzen Debatte in der Hamburgischen Bürgerschaft**
CDU und AfD nutzen die Debatte in der Hamburgischen Bürgerschaft, um Kritik an SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz im Zusammenhang mit dem «Cum-Ex»-Skandal zu üben. Deutschland brauche keinen Bundeskanzler, „der ständig vom Bundeskanzleramt in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss muss“, sagte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann.
- NDR (01.09.2021): Hamburgische Bürgerschaft: Debatte über Aufnahme von Geflüchteten**
AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann warnte: «Und wieder einmal droht Deutschland die Massenimmigration.» Den Afghanen müsse deutlich gemacht werden, «dass es sich nicht lohnt, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen», sagte Nockemann. Statt falsche Hoffnungen zu wecken, sollte Deutschland den Afghanen helfen, in den Nachbarländern unterzukommen.
- NDR (24.08.2021): Lob und Kritik für die 2G-Regelung in Hamburg**
Die AfD sprach von einem gefährlichen Sonderweg des Senats, der die Gesellschaft weiter spalte. «Der Druck auf Nichtgeimpfte wird auf unerträgliche Weise erhöht.»
- Hamburger Morgenpost (23.08.2021): Hamburger AfD klagt erfolgreich gegen Verfassungsschutzbericht**
Die AfD-Bürgerschaftsfraktion hat sich vor Gericht erfolgreich gegen die Darstellung im Verfassungsschutzbericht 2020 gewehrt, dass zwei ihrer Mitarbeiter Angehörige der Identitären Bewegung seien. Das Verwaltungsgericht hat einem entsprechenden Eilantrag stattgegeben. Die Richter sind nicht überzeugt, dass diese Behauptung der Wahrheit entspricht.
- dpa (16.06.2021) Opposition empört über Erhöhung der Parkgebühren in Hamburg**
Hamburg: CDU und AfD kritisieren Anhebung der Parkgebühren. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann kritisierte, Rot-Grün diskreditiere, schikaniere und bevormunde Autofahrer.
- NDR (03.06.2021) Hamburgische Bürgerschaft beschließt Doppelhaushalt**
Chronisch unterfinanziert ist nach Ansicht der Opposition der Justizhaushalt. Verfahren bei Staatsanwaltschaft und Gerichten dauerten viel zu lange, meinte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann. Nockemann (AfD) betonte, niemand, dem die Zukunft der Stadt am Herzen liege, könne diesem Haushalt zustimmen.

Mitmachen und gewinnen - Das Hamburg-Quiz

Bilderrätsel: Wie heißt dieses historische Gebäude in Hamburg?



Machen Sie mit bei unserem Gewinnspiel! Zu gewinnen gibt es ein signiertes Buch des AfD-Ehrenvorsitzenden Dr. Alexander Gauland „Die Deutschen und ihre Geschichte“. Darin nimmt er uns mit auf eine Wanderung durch eintausend Jahre deutscher Geschichte. Aus den germanischen Wäldern des Tacitus führt er uns zu Karl dem Großen, zu Luther, den Kaisern des Mittelalters, von Friedrich II. zu Bismarck, zu Hitler, zum Mauerfall. An jeder Weggabelung erkennen wir, wie sehr wir Anteil haben an dieser Geschichte. Und dass diese uns erst zu denen macht, die wir sind.

Richtige Lösung eingeben unter:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 30. Juni 2022.

Unter den richtigen Einsendern entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

Redaktionsschluss: 25.02.2022

Verantwortlich im Sinne des
Presserechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über die Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion. Sie darf nicht zu Wahlbezwecken verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren Newsletter:

afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 42831-2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

info@afd-fraktion.hamburg.de

afd-fraktion-hamburg.de

facebook.com/afd.fraktion.hamburg

twitter.com/AfD_Fraktion_HH

youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

